



PRESSEERKLÄRUNG

Bremen, 6. Dezember 2023

Bremen übernimmt Vorsitz in der Jugend- und Familienministerkonferenz

Bremen wird im Jahr 2024 den Vorsitz der Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder vom Land Brandenburg übernehmen. Die offizielle Übergabe hat am heutigen Mittwoch, dem 6. Dezember, in Potsdam stattgefunden. Das Bundesland Bremen war vertreten durch Dr. Claudia Schilling, Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, sowie Kinder- und Bildungssenatorin Sascha Karolin Aulepp. Ursula Nonnemacher, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz, sowie Steffen Freiberg, Minister für Bildung, Jugend und Sport, haben das Land Brandenburg vertreten.

Für seinen Vorsitz hat Bremen sich drei Schwerpunktthemen gesetzt:

- Inklusion und Teilhabe
- Sozialraum- und Familienorientierung
- Personalgewinnung und Fachkräftesicherung

„Diese drei Themen sind in allen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe von strategischer Bedeutung“, sagte Sozialsenatorin Dr. Claudia Schilling. „Hier wollen wir den Bremer Vorsitz nutzen, um laufende Debatten voranzutreiben und eine spürbare Entwicklung in Gang zu setzen.“

Kinder- und Bildungssenatorin Sascha Karolin Aulepp: „Wir wollen gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen verbessern, von Anfang an. Um dafür beginnend mit der Kita jedem Kind ein Angebot machen zu können, müssen wir in allen Ländern neue Wege gehen. Die Zukunft jedes einzelnen Kindes beginnt jetzt. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung auch des Bundes.“

Unter dem Schwerpunkt „Inklusion und Teilhabe“ wird unter anderem die Integration junger Menschen mit Migrations-, Fluchthintergrund betrachtet sowie die von der Bundesregierung geplante Zusammenführung der Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen und der Jugendhilfe im Sozialgesetzbuch VIII. Ein erster Gesetzentwurf soll 2024 vorliegen und unter anderem in der JFMK beraten werden.

Auch der Zugang zur Kindertagesbetreuung und zu frühkindlichen Bildungsangeboten zur Verbesserung der Teilhabechancen aller Kinder gerade dort, wo die Versorgungsquoten noch unterdurchschnittlich sind, und für Familien, die bei der Inanspruchnahme dieser Angebote mehr Unterstützung brauchen, sollen thematisiert werden.

Daneben soll es um Formate zur Beteiligung junger Menschen gehen, die bisher nicht so gut erreicht werden. Das betrifft zum Beispiel junge Menschen in der stationären Jugendhilfe, unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer, Pflegekinder oder bildungsferne Kinder und Jugendliche. Damit wird mit veränderter Schwerpunktsetzung fortgeführt, was

unter dem Vorsitz von Brandenburg im abgelaufenen Jahr 2023 begonnen hat: die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen. Brandenburgs Jugendminister Steffen Freiberg sagte in seinem Resümee: „MitWirkung – mit diesem Leitthema des Brandenburger JFMK-Vorsitzes war der Fokus von Beginn an klar gesetzt: Er lag – und liegt immer noch – auf den Beteiligungsmöglichkeiten und -rechten von Kindern und Jugendlichen. Das ganze Jahr 2023 über waren Kinder und Jugendliche gefordert: Sie haben mitdiskutiert, Vorschläge eingebracht und mitgewirkt. Ich wünsche mir, dass dies nicht die Ausnahme dieses Jahres bleibt, sondern zur Regel wird. Dafür werde ich mich weiter einsetzen.“

Unter dem Schwerpunkt Sozialraum- und Familienorientierung werden – vor dem Hintergrund der Erfahrungen insbesondere aus der Corona-Pandemie – die präventiven Leistungen im Bereich der Frühen Kindheit, der frühkindlichen Bildung und der Familienförderung und -bildung betrachtet. Dabei geht es um die Frage, wie dieser Ansatz die Krisenresilienz gerader junger Familien stärken kann. Zudem sollen existierende Ansätze zur Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe mit finanziellen Ressourcen anhand von Sozialindikatoren weiterentwickelt werden.

Brandenburgs Familienministerin Ursula Nonnemacher sagte: „Familien haben eine fundamentale Bedeutung für unsere Gesellschaft gerade in Zeiten multipler Krisen. Familienpolitik als Querschnittspolitik muss deshalb gute Bedingungen für Familien schaffen. Die Anforderungen an Familien und die Vielfältigkeit der Familienformen sind gestiegen, gleichzeitig gehen die Lebensbedingungen und sozialen Verhältnisse der Familien immer weiter auseinander. Die verschiedenen Aspekte einer gelingenden Familienpolitik, wie z.B. ein zunehmender Unterstützungsbedarf von Familien, hat die JFMK 2023 ins Zentrum ihrer familienpolitischen Beschlüsse gestellt.“

Unter dem Schwerpunkt Personalgewinnung und Fachkräftesicherung soll es um neue Strategien gehen – mit verkürzten Qualifizierungswegen, geringeren Anforderungen an die formale Qualifikation sowie berufsbegleitende Ausbildungen und schließlich der Gewinnung von Zugewanderten und Quereinsteigerinnen. Auch hier war im Oktober 2023 mit einer gemeinsamen Sitzung der JFMK und KMK der Grundstein gelegt worden. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, an der auch die Bundesländer Bremen und Brandenburg teilnehmen, werden diese Themen weiterverfolgt.